Turan Özkücük 17.01.2014

Änderungsantrag zu TOP 5.3

An den Vorsitzenden des Integrationsrates Herrn Tayfun Keltek

An die Geschäftsstelle des Integrationsrates Herrn Andreas Vetter

Antrag gem. § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

Gremium	Datum der Sitzung
Integrationsrat	20.01.2014

Anschläge des NSU in Köln - Überlegungen zur Gestaltung eines Denkmals

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Keltek, ich bitte den folgenden Antrag dem Integrationsrat zur Abstimmung vorzulegen:

Beschluss:

Der Integrationsrat bittet die Verwaltung um Prüfung und Vorlage von geeigneten Vorschlägen, in welcher Form den Opfern des Anschlages in der Probsteigasse und der Keupstrasse in angemessener Form gedacht werden kann.

Hierbei soll sowohl an den eigentlichen Anschlag durch den NSU, als auch an die hier nachfolgend einsetzenden gesellschaftlichen Mechanismen von Diskriminierung, Vorurteilen und Rassismus erinnert werden.

Eine angemessene Form des Erinnerns und Mahnens kann selbstverständlich nur unter Einbezug der Opfer und ihrer Angehörigen sowie der IG–Keupstrasse entwickelt werden. Es wird darum gebeten bei diesen Überlegungen weitere relevante Akteure, insbesondere die Akademie der Künste der Welt und das NS-DOK mit einzubeziehen.

Die Initiative des Vereins EL-DE-Haus, des DGB und der Gesellschaft für christlich-jüdischen Zusammenarbeit an die demokratischen Fraktionen im Rat und den Oberbürgermeister für ein "Mahnmal Keupstrasse" wird ausdrücklich begrüßt und unterstützt.

Der Integrationsrat bittet den Rat der Stadt Köln und den Oberbürgermeister diesen Antrag zu unterstützen und entsprechende finanzielle Mittel bereit zu stellen.

Begründung:

Am 9. Juni 2014 jährt sich zum 10. Mal der Nagelbombenanschlag in Köln. Nach 7 ½ jähriger Ermittlungsdauer konnte diese Tat im November 2011 dem NSU zugeordnet werden.

Die Kölnerinnen und Kölner in der Probsteigasse im Jahr 2001 und in der Keupstrasse im Jahr 2004 wurden nicht nur unmittelbar Opfer eines Anschlages, sondern sahen sich auch über viele Jahre hinweg völlig ungerechtfertigten und diskriminierenden Vorverurteilungen und Ermittlungsverfahren durch Behörden und Öffentlichkeit ausgesetzt.

Der Integrationsrat hat in seiner Sitzung am 25.02.2013 die Durchführung einer Gedenkveranstaltung zum 10. Jahrestag des Nagelbombenanschlags in der Keupstrasse entschieden. Darüber hinaus soll jetzt zum 10. Jahrestag eine geeignete Form des dauerhaften Gedenkens überlegt werden.

Mit freundlichen Grüßen Turan Özkücük